

## BEKANNTMACHUNG

### Dienstleistungsauftrag

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Deutscher Bundestag, - Verwaltung -  
Referat ZT 6, Vergaben,  
Platz der Republik 1,

,

z. Hd. von .,  
11011 Berlin,  
DE

Tel.: +49 30-227-33234.

E-Mail: vergabereferat@bundestag.de.

Telefax: +49 30-227-30374.

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse des Auftraggebers: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

**Weitere Auskünfte erteilen:** die oben genannten Kontaktstellen.

**Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:** den oben genannten Kontaktstellen.

**Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen.

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

I.3) **Haupttätigkeit(en):**

Allgemeine öffentliche Verwaltung.

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber:**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein.

#### ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

Gebäudereinigung (ZT6-1133-2015-451-16-ZT5).

**II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Dienstleistung.

Dienstleistungskategorie: Nr. 14.

Hauptort der Dienstleistung:

Berlin-Mitte

NUTS-Code: DE300.

**II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:**

Rahmenvereinbarung

**II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:**

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 2 Jahre.

**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Umweltfreundliche Gebäudereinigungsleistungen in den Bestandsbauten des Deutschen Bundestages

**II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

90911200

90911300

**II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):**

Nein.

**II.1.8) Aufteilung in Lose:**

Ja.

Angebote sind möglich für: ein Los, mehrere Lose.

**II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**

Nein.

**II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**

**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Los 1: Glas-, Glasfassaden- und Jalousiereinigung Es ist eine Gesamtfläche von 10.360,81 m<sup>2</sup> (jährlich 52.538,70 m<sup>2</sup>) zu reinigen. Die detaillierte Unterteilung der Reinigungsflächen ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen. Los 2: Unterhaltsreinigung Jährlich ist eine Gesamtfläche von 5.612.215,00 m<sup>2</sup> zu reinigen. Diese unterteilt sich in folgende Grundflächen: ζ 69,48 % Hauptnutzfläche, ζ 6,37 % Nebennutzfläche und ζ 24,15 % Verkehrsfläche. Die detaillierte Aufstellung der Raumarten ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

**II.2.2) Angaben zu Optionen:**

Ja.

Beschreibung der Optionen:

Gilt für das Los 1 und Los 2 gleichermaßen. Der Vertrag beginnt am 1. August 2016 und endet am 31. Juli 2018. Der Vertrag verlängert sich maximal um zwei Jahre, und zwar jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor seinem Ablauf schriftlich durch die Auftraggeberin (AG) gekündigt wird. Der AG obliegt dieses einseitige Kündigungsrecht. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Ausübung einer Option durch die AG. Der Vertrag endet spätestens am 31. Juli 2020, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

**II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Keine Angaben.

**II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 01.08.2016.

Ende: 31.07.2018.

**ANGABEN ZU DEN LOSEN**

Los-Nr: 1

**Bezeichnung:**

Glasreinigung

**1) Kurze Beschreibung:**

Umweltfreundliche Glas-, Glasfassaden- und Jalousiereinigung in den Bestandsbauten des Deutschen Bundestages

**2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

90911300

**3) Menge oder Umfang:**

Es ist eine Gesamtfläche von 10.360,81 m<sup>2</sup> (jährlich 52.538,70 m<sup>2</sup>) zu reinigen. Die detaillierte Unterteilung der Reinigungsflächen ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

**4) Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:**

**5) Weitere Angaben zu den Losen:**

Los-Nr: 2

**Bezeichnung:**

Unterhaltsreinigung

**1) Kurze Beschreibung:**

Umweltfreundliche Unterhaltsreinigung in den Bestandsbauten des Deutschen Bundestages

**2) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

90911200

**3) Menge oder Umfang:**

Unterhaltsreinigung Jährlich ist eine Gesamtfläche von 5.612.215,00 m<sup>2</sup> zu reinigen. Diese unterteilt sich in folgende Grundflächen:  $\approx$  69,48 % Hauptnutzfläche,  $\approx$  6,37 % Nebennutzfläche und  $\approx$  24,15 % Verkehrsfläche. Die detaillierte Aufstellung der Raumarten ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

**4) Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:****5) Weitere Angaben zu den Losen:****ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN****III.1) Bedingungen für den Auftrag****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Keine

**III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Leistungsbeschreibung und Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, - in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist; - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist; - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt; - dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen und - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

**III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:**

Nein.

**III.2) Teilnahmebedingungen****III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks). - Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz: - Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern. - Auskunftersuchen nach § 6 Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (SchwarzArbG) und § 21 Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für

regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (AentG) beim Hauptzollamt Berlin, Finanzkontrolle Schwarzarbeit. - Tariftreueerklärung - Sofern eine Bietergemeinschaft gebildet werden soll, muss die Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht, von jedem Mitglied eingereicht werden.

### III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer. - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks). - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden. - Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 1.000.000,00 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen. - Sofern Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen, wird die Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen durch die Angebotsabgabe auch für den Unterauftragnehmer abgegeben.

### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Referenzen Los 1: Vorlage von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (Glas- und Glasfassaden- und Jalousienreinigung) in den letzten drei Jahren, die vergleichbar hinsichtlich Nutzungsart (große Bürogebäude) sind. Bei einer Referenz muss das Auftragsvolumen in Euro (netto) mindestens 60% der eigenen Angebotssumme netto betragen. Los 2: Vorlage von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen (Unterhaltsreinigung und sonstige Reinigungsleistungen) in den letzten drei Jahren, die vergleichbar hinsichtlich Nutzungsart (große Bürogebäude) sind. Bei einer Referenz muss das Auftragsvolumen in Euro (netto) mindestens 60% der eigenen Angebotssumme netto betragen.

Gilt für alle Referenzen der Lose 1 und 2: Für die Abgabe der Referenzen ist der beigefügte Vordruck ("Vordruck für die Angabe von Referenzen") zu verwenden. Dieser ist zum Zwecke der Referenzabfrage zu vervielfältigen. Der Referenzvordruck ist durch den Referenzbeauftragten zu unterschreiben und gegebenenfalls mit Firmen-/ Amtsstempel zu versehen. Für jede Referenz ist ein entsprechendes Dokument einzureichen. Referenzen von mit dem Bieter verbundenen Unternehmen werden nicht akzeptiert. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Der Auftraggeber behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung mit einzubeziehen. Wenn Sie für mehrere Lose ein Angebot einreichen wollen, können Sie die gleichen Referenzen vorlegen, jedoch müssen die individuellen Mindestanforderungen pro Los hinsichtlich Leistungsgegenstand und prozentualem Auftragsvolumen erfüllt werden. Dies bedeutet, dass gegebenenfalls Unterhaltsreinigung und Glasreinigung auseinander gerechnet werden müssen. - Aktuelles Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 (Qualitätsmanagement) oder gleichwertig sowie aktuelles Zertifikat nach DIN EN ISO 14001 (Umweltmanagement) oder gleichwertig (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Falls Sie diese Zertifikate (noch) nicht mit dem Angebot vorlegen

können beziehungsweise Sie nicht zertifiziert sind, besteht die Möglichkeit anhand von Eigenerklärungen die Gleichwertigkeit zu den genannten Normen hinsichtlich der Umsetzung nachzuweisen. Hieraus müssen alle Ziele der jeweiligen Norm eindeutig hervorgehen. Die Zertifizierungen sind über den Vertragszeitraum aufrecht zu erhalten und gegebenenfalls dann auch auf Anfrage der Auftraggeberin während des Vertragszeitraumes nachzuweisen. - Sofern Bietergemeinschaften gebildet werden sollen, sind die oben aufgeführten Angaben und Formalitäten von jedem Mitglied zu erbringen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden. - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind Art und Umfang der durch Unterauftragnehmer auszuführenden Leistung anzugeben und die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Ferner ist eine Erklärung des vorgesehenen Unterauftragnehmers beizufügen, in welcher er angibt, im Falle des Zuschlags auf Ihr Angebot, Teilleistungen im Rahmen dieser Vertragsabwicklung zu erbringen. Auch sind die Nachweise für den Teilbereich der Leistung, für den der Unterauftragnehmer benannt wurde, vom Unterauftragnehmer vorzulegen, sofern dies zum Nachweis der Eignung notwendig ist.

**III.2.4) Vorbehaltene Aufträge:**

Ja.

**III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

**III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:**

Nein.

**III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen:**

Nein.

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

**IV.1) Verfahrensart**

**IV.1.1) Verfahrensart:**

Offenes Verfahren.

**IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:**

**IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:**

**IV.2) Zuschlagskriterien**

**IV.2.1) Zuschlagskriterien:**

Niedrigster Preis.

IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt:**

Nein.

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

ZT6-1133-2015-451-16-ZT5

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:**

Nein.

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:**

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

30.03.2016 23:59:59 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein.

IV.3.4) **Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:**

31.03.2016 12:00 Uhr

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**

DE

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots:**

Bis: 17.06.2016

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote:**

Ort: entfällt.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein.

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

VI.1) **Dauerauftrag:**

Nein.

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:**

Nein.

**VI.3) Sonstige Informationen:**

- Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot nicht beigelegt werden. Die Beifügung der AGB, auch zum Beispiel auf der Rückseite des Angebotsbegleitschreibens, führt zum Ausschluss des Angebots. - Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 24.03.2016 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle. - Hinweis zu den Losen (Es können auch Angebote für alle Lose abgegeben werden.) - Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei bei der Auftraggeberin; vorzugsweise per E-Mail, angefordert werden. - Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes wird ein angebotenes Skonto berücksichtigt, wenn die Skontofrist mindestens 14 Kalendertage beträgt.

**VI.4) Nachprüfungsverfahren/Rechtsbehelfsverfahren**

**VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:**

Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes  
Villemombler Str. 76  
53123 Bonn  
DE  
Telefon: +49 228/94990  
E-Mail: [info@bundeskartellamt.bund.de](mailto:info@bundeskartellamt.bund.de)  
Telefax: +49 228/9499163  
<http://www.bundeskartellamt.de>

**VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 7 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Antrag ist unzulässig, soweit  
1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:**

**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

11.02.2016.